

Auswirkungen Chinesischer Exportüberschüsse auf Entwicklungs- und Schwellenländer

Ausgabe 6, 15. Juli 2026 // Autor: Wolfgang Krieger (DEG), Redaktion: Heide Kühlken

Chinas Handelsbilanzüberschuss erreichte 2025 mit rund 1,2 Billionen US-Dollar einen historischen Höchststand. Maßgeblich dafür sind staatlich unterstützte Industrien, eine schwache Binnenfrage sowie eine hohe Exportdynamik. Für Entwicklungs- und Schwellenländer (ESL) ergeben sich daraus unterschiedliche Effekte: günstige Importpreise wirken zwar kurzfristig inflationsdämpfend, gleichzeitig wächst in zahlreichen Schlüsselbranchen der direkte Wettbewerbsdruck auf lokale Produzenten.

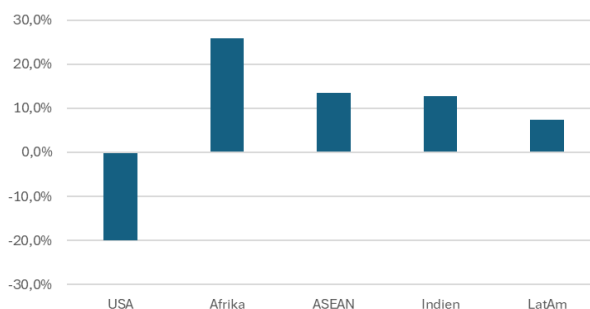
Struktur des Angebotseffekts

Anders als beim „China-Schock“ der 2000er-Jahre, als primär Industrieländer und arbeitsintensive Branchen betroffen waren, ist der aktuelle Wettbewerbsdruck geografisch wie sektoral breiter angelegt. Er betrifft zunehmend auch technologieintensive Industrien. Dieser Dynamik liegt ein bewusster strategischer Schwenk zugrunde. Angesichts der heimischen Immobilienkrise lenkt Peking massive Subventionen in den Ausbau fortschrittlicher Fertigungskapazitäten, was die globalen Überkapazitäten befeuert.

Handelspolitische Spannungen und eskalierende Marktzugangsbarrieren, insbesondere durch die USA und die Europäische Union, haben maßgeblich dazu beigetragen, dass chinesische Exporte heute verstärkt in alternative Absatzmärkte umgelenkt werden. Vor allem nach Afrika (+25,8 %), Südostasien (+13,4 %), Indien (+12,8 %) und Lateinamerika (+7,3 %) ist das Exportvolumen im abgelaufenen Jahr massiv gestiegen.

Die Wucht dieser Exportwelle trifft sowohl aufstrebende Zukunftsbranchen als auch traditionelle Sektoren. In Bereichen wie Textilien, Stahl oder einfachen Konsumgütern geraten lokale Anbieter dadurch unter Preisdruck. Dies beschleunigt den

China-Exporte 2025 – Veränderung in Prozent



Quelle: China Customs 2026

Strukturwandel und führt, wie empirische Evidenz aus Brasilien zeigt (Connolly, 2022), oftmals zu schmerzhaften Verlusten von Arbeitsplätzen im formellen Sektor. Wie stark die Effekte ausfallen, hängt wesentlich von der Wettbewerbsfähigkeit der jeweiligen Volkswirtschaften ab. Länder mit schwacher Industrie oder hohen Produktionskosten sind besonders exponiert.

Ambivalente Effekte: Disinflation versus Deindustrialisierung

Gleichzeitig ergeben sich auch Vorteile. Niedrigere Preise für Maschinen, Vorprodukte und Technologien können Investitionen erleichtern, etwa im Energiesektor oder in der Infrastruktur. Gerade bei den erneuerbaren Energien beschleunigt sich dadurch der Ausbau spürbar. Makroökonomisch führt dies zu einer importierten Disinflation, was den geldpolitischen Handlungsspielraum lokaler Zentralbanken erweitert.

Dennoch birgt die stetig wachsende Importabhängigkeit die Gefahr mittelfristiger Leistungsbilanzdefizite. Das strukturelle Preisdumping bedroht zudem das langfristige industrielle Produktionspotenzial der Importländer. Vielfach drohen ESL zu reinen Montagestandorten degradiert zu werden, in denen chinesische

Vorprodukte lediglich endmontiert werden – oftmals primär mit dem Ziel, westliche Zölle zu umgehen. Dies blockiert den dringend benötigten Aufstieg der Schwellenländer in margenstarke Stufen der Wertschöpfungskette. Bei Solarmodulen zum Beispiel verhindert die erdrückende chinesische Marktpresenz den rentablen Aufbau eigener Wertschöpfungsketten in Entwicklungs- und Schwellenländern nahezu komplett.

Wirtschaftspolitische Implikationen und Ausblick

Das industriepolitische Dilemma variiert stark je nach Entwicklungsstand: Fortgeschrittene Schwellenländer (z. B. Brasilien, Indien) müssen ihre bestehende Kernindustrie verteidigen. Sie verfügen über die Kapazitäten für Schutzinstrumente wie Anti-Dumping-Zölle und können durch ihre Marktgröße zumindest punktuell Verhandlungsmacht gegenüber Peking aufbauen.

Für Entwicklungsländer droht der Preisdruck hingegen, den industriellen Aufbau im Keim zu ersticken. Sie riskieren, dauerhaft auf die Rolle von Rohstofflieferanten reduziert zu werden. Aufgrund massiver Kredit- und Handelsabhängigkeiten fehlt ihnen zudem fast jeglicher Hebel, um faire bilaterale Handelsbedingungen einzufordern.

Ob am Ende der technologische Nutzen billiger Importe oder die Deindustrialisierung überwiegt, hängt maßgeblich davon ab, wie intelligent diese Staaten handelspolitische Schutzmaßnahmen mit gezielten Strukturreformen verzahnen, um ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu sichern. ■